

Chefredakteur Gerhard Hopf

Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer

Evidenzblatt Christoph Brenn, Richard Hargassner, Helge Hoch, Herbert Pánsi,

Eckart Ratz, Martina Weixelbraun-Mohr

Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer



Jänner 2021

02

49 – 112

Aktuelles

Entwurf eines Terror-Bekämpfungsgesetzes ➔ 49

Beiträge

Zivilprozessuale Maßnahmen zur Bekämpfung von „Hass im Netz“

Caroline Mokrejs-Weinhappel ➔ 53

Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Grundlagen staatlicher Krisenkommunikation Peter Bußjäger und Jakob A. Egger ➔ 63

Der „Experte“ bei der Hausdurchsuchung Katharina Dangl und Clara Ifsits ➔ 72

Evidenzblatt

Keine Haftung für den Sturz des Verfolgers Andreas Riedler ➔ 84

Unrichtige rechtliche Beurteilung eines Leasingvertrags ➔ 91

Prozesseinlassungspflicht des Medieninhabers Michael Rami ➔ 93

Forum

Überschießende Anwendung des Verbots überschießender Feststellungen Martin Trenker ➔ 109

ÖJZ aktuell 49

Beiträge

→ Zivilprozessuale Maßnahmen zur Bekämpfung von „Hass im Netz“ 53

Das neue Mandatsverfahren nach § 549 ZPO

Der Beitrag befasst sich mit dem im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung von „Hass im Netz“ mit 1. 1. 2021 eingeführten Verfahren nach § 549 ZPO, mit dem die Erlassung eines Unterlassungsauftrags bei einer erheblichen, eine natürliche Person in ihrer Menschenwürde beeinträchtigenden Verletzung von Persönlichkeitsrechten in einem elektronischen Kommunikationsnetz ermöglicht wird.

Von *Caroline Mokrejs-Weinhappel*

→ Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Grundlagen staatlicher Krisenkommunikation 63

Der Beitrag erläutert den bisher wenig behandelten verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Rechtsrahmen für staatliche Kommunikation in Krisenzeiten und zeigt die Reichweite und Grenzen der Verpflichtung des Staates auf.

Von *Peter Bußjäger und Jakob A. Egger*

→ Der „Experte“ bei der Hausdurchsuchung 72

Ermittlungsbefugnisse von IT- und Wirtschaftsexperten der WKStA

Fehlt es Strafverfolgungsbehörden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens am erforderlichen Fachwissen, so werden nicht nur Sachverständige bestellt, sondern auch sog „IT- und Wirtschaftsexperten“ eingesetzt. Die strafprozessuale Grundlage dieser Tätigkeit ist nur bruchstückhaft ausgestaltet. Welche Defizite und rechtlichen Bedenken sich hieraus ergeben, wird in diesem Beitrag untersucht.

Von *Katharina Dangel und Clara Ifsits*

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 79

OGH 27. 5. 2020, 8 ObA 27/20h

8: Sonderpensionserhöhung 2018 gem § 711 ASVG

→ Grundbuchsrecht 81

OGH 23. 6. 2020, 5 Ob 20/20g

9: Genehmigungserfordernis als Vorfrage im Grundbuchsverfahren

→ Schadenersatzrecht 84

OGH 25. 5. 2020, 1 Ob 68/20m

10: Keine Haftung für den Sturz des Verfolgers

Mit Anmerkung von *Andreas Riedler*

→ Sozialversicherungsrecht 86

OGH 24. 6. 2020, 10 ObS 40/20k

11: Entziehung irrig gewährten Rehabilitationsgelds (Reha-Gelds) (trotz materiell rechtskräftiger Zuerkennung) ist durch „nur geringfügige“ Verbesserung des Leistungskalküls gerechtfertigt

→ Verfahrensrecht 91

OGH 27. 5. 2020, 5 Ob 24/20w

12: Unrichtige rechtliche Beurteilung eines Leasingvertrags

→ Medienrecht 93

OGH 15. 9. 2020, 15 Os 89/20g

13: Prozesseinlassungspflicht des Medieninhabers

Mit Anmerkung von *Michael Rami*

→ Strafprozessrecht 95

VfGH 2. 12. 2020, UA 3/2020

14: Kein Persönlichkeitsschutz gegenüber Verlangen von Untersuchungsausschüssen



EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	
OGH 29. 9. 2020, 9 ObA 69/20t	
9: Verpflichtung zum Urlaubsverbrauch während vereinbarter Ausbildung?	
→ Lauterkeitsrecht	99
OGH 26. 11. 2020, 4 Ob 104/20b, 105/20z	
10: Zur Fassung des Unterlassungsgebots insbesondere bei UWG-Klagen	
OGH 26. 11. 2020, 4 Ob 139/20z	99
11: Spitzenstellungsbehauptung unter Bezugnahme auf eine bestimmte Quelle	
→ Schadenersatzrecht	100
OGH 17. 9. 2020, 2 Ob 179/19s	
12: Keine Gefährdungshaftung nach EKHG bei Selbstentzündung eines abgestellten Pkw	
→ Sozialversicherungsrecht	101
OGH 13. 10. 2020, 10 ObS 101/20f	
13: Kein Unfallversicherungsschutz trotz „betrieblicher Gemeinschaftsveranstaltung“ [hier: alljährliches Hüttenwochenende des Lehrpersonals einer Volksschule], weil das unfallkausale Verhalten der verunglückten Lehrerin nicht iZm dem Betriebsausflug stand.	
→ Urheberrecht	102
OGH 26. 11. 2020, 4 Ob 166/20w	
14: Senderecht und Recht auf Weitersenden	
→ Strafprozessrecht	103
OGH 20. 10. 2020, 11 Os 95/20k	
15: Zweimalige Verlesung der Fragen an die Geschworenen vonnöten	
→ Strafrecht	103
OGH 23. 6. 2020, 12 Os 107/19f	
16: Bloß einmalige Erfolgzurechnung hat keinen Einfluss auf Verjährung	

EuGH-Entscheidungen	104
-------------------------------	-----

Forum

→ Überschneidende Anwendung des Verbots überschneidender Feststellungen . . .	109
Anmerkung zu OGH 27. 5. 2020, 5 Ob 24/20w	
Von Martin Trenker	

Standards

→ Impressum	52
→ Buchbesprechungen	112

BKR

Zeitschrift Bank- und Kapitalmarktrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DS-Z190

Geschäftsführende Herausgeber:
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb
Prof. Dr. Jens Koch
Prof. Dr. Philipp Maume

Herausgeber:
Prof. Dr. Markus Artz
Paul H. Assies
Dr. Heiko Beck
Prof. Dr. Jürgen Ellenberger
Dr. Markus Escher
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann
Dr. Christian Grüneberg
Prof. Dr. Mathias Habersack
Ralf Josten
Dr. Volker Lang
Prof. Dr. Katja Langenbacher
Klaus M. Löber
Dr. Rainer Metz
Prof. Dr. Sebastian Omlor
Prof. Dr. Dörte Poelzig
Prof. Dr. Patrick Rösler
Prof. Dr. Frank A. Schäfer
Dr. Hanno Teuber
Dr. Wolfgang Weitnauer
Prof. Dr. Stefan Werner

bkr.beck.de



BKR
Bank- und
Kapitalmarktrecht

Prof. Dr. Robert Freitag/Dr. Lars Allstadt
**Unionsrechtswidrigkeit der geplanten
Novellierung der Musterwiderrufsbelehrung** 1

Prof. Dr. Bernd Geier/Prof. Dr. Katharina Hombach
ESG: Regelwerke im Zusammenspiel 6

Dr. Guido Waßmuth/Dr. Thomas Asmus
Verlängerung des KapMuG 15

Dr. Achim Tiffe
Zinsfreie Stundung aufgrund Art. 240 § 3 EGBGB 21

Dr. iur. Patrick Hell
The SPACs are back 26

Dr. Raphael Klesen
Qualifizierter Rangrücktritt bei Crowdfunding 32

BGH, Urt. v. 22.9.2020 – XI ZR 219/19
**Kein Widerrufsrecht hinsichtlich einer
Geschäftsführer-Bürgschaft**
m. Anm. v. Dr. J. Deiß/L. Kähler und v. L. N. Kehl 39

BGH, Urt. v. 15.9.2020 – II ZR 20/19
**Grenzen der Kommanditistenhaftung wegen
Aufklärungspflichtverletzung**
m. Anm. v. Dr. P. Wösthoff 47

1/2021

21. Jahrgang
Seite 1 bis 60, 21. Januar 2021



K 150202 101

■ Aufsätze

- Prof. Dr. Robert Freitag,
Maître en droit
(Bordeaux)/
Dr. Lars Allstadt **Unionsrechtswidrigkeit der geplanten Novellierung der Musterwiderrufsbelehrung** 1
- Seit dem EuGH-Urteil in Sachen „Kreissparkasse Saarlouis“ steht die Unionsrechtswidrigkeit der aktuellen Musterwiderrufsinformation gem. Anlage 7 zum EGBGB fest, da diese den Beginn der Widerrufsfrist ebenso wie § 356 b Abs. 1 BGB durch einen gegen Art. 10 Abs. 2 der Verbraucher-kreditrichtlinie verstoßenden „Kaskadenverweis“ bestimmt. Der BGH hat eine Umsetzung dieser Vorgabe in der deutschen lex lata bekanntlich verweigert, weil diese einer unionsrechtskonformen Auslegung nicht zugänglich sei. Die Bundesregierung will nun de lege ferenda nachbessern und hat den Entwurf für eine Neufassung der Musterwiderrufsinformation vorgelegt. Das reicht nicht, sondern wirft nur weitere Probleme auf. Gefordert ist ein neuer Politikansatz.
- Prof. Dr. Bernd Geier/Prof.
Dr. Katharina Hombach **ESG: Regelwerke im Zusammenspiel** 6
- Zahlreiche neue Vorgaben zur Nachhaltigkeit erlangen in den nächsten Monaten Geltung. Sie setzen u. a. den europäischen „Green Deal“ und den Aktionsplan Nachhaltiges Wachstum mit um. Ihre Bedeutung kann in Bezug auf Komplexitäten und Auswirkungen auf die (gesamte) Wertschöpfungs-kette nicht unterschätzt werden. Adressat ist nicht nur die Finanzindustrie, sondern auch die Real-wirtschaft – sowohl auf Unternehmens- als auch auf Produktebene. Der Beitrag stellt das neue Regelwerk im Zusammenspiel der Vorschriften dar und analysiert Auswirkungen auf Marktteilneh-mer.
- Dr. Guido Waßmuth/
Dr. Thomas Asmus **Verlängerung des KapMuG** 15
- Der Gesetzgeber hat das KapMuG noch einmal ohne inhaltliche Veränderungen bis zum Ende des Jahres 2023 verlängert. Damit ist für den Moment nicht nur Zeit, sondern auch Rechtssicherheit gewonnen, weil das Gesetz sonst zum 1.11.2020 ausgelaufen wäre. Die gewonnene Zeit möchte der Gesetzgeber nutzen, um die Bewertung des KapMuG auf einer breitere Basis stellen zu können. Die Autoren nehmen das zum Anlass für ein Zwischenfazit.
- Dr. Achim Tiffe **Zinsfreie Stundung aufgrund Art. 240 § 3 EGBGB und deren Folgen** 21
- Der Gesetzgeber hatte aufgrund der Pandemie zur Entlastung der Verbraucher im ersten Halbjahr 2020 in Art. 240 § 3 EGBGB ein dreimonatiges Moratorium für Darlehensverträge verabschiedet, das seitdem die Literatur stark beschäftigt. Der Artikel setzt sich insbesondere mit den Argumenten der Autoren auseinander, die eine Pflicht zur Zahlung des Vertragszinses während der gesetzlich geregelten Stundung annehmen, sowie mit den möglichen Folgen für Kreditinstitute durch die Stun-dungen und den in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen mit Verbrauchern.
- Dr. iur. Patrick Hell **The SPACs are back** 26
- Eine Special Purpose Acquisition Company (SPAC) ist eine Mantelgesellschaft ohne eigenes operati-ves Geschäft mit dem einzigen Ziel, durch einen Börsengang Kapital einzusammeln, um sodann innerhalb eines begrenzten Zeitraums ein nicht börsennotiertes Unternehmen zu übernehmen und dieses somit mittelbar an die Börse zu bringen. Welches Unternehmen auf diese Weise übernommen wird, steht zum Zeitpunkt des IPO der SPAC noch nicht fest. Diese Form des Kapitalmarktzugangs

hat in den USA eine längere Tradition, aber gerade in jüngster Zeit wieder an Popularität gewonnen. Im Folgenden soll die Funktionsweise von SPACs dargestellt werden, um sodann die deutsche aktien- und kapitalmarktrechtliche Situation auszuloten.

Dr. Raphael Klesen	Qualifizierter Rangrücktritt bei Crowdfunding	32
--------------------	--	----

Crowdfunding (deutsch: Schwarmfinanzierung) beschreibt die Beschaffung und Bereitstellung finanzieller Mittel zur Finanzierung von Unternehmen und Privaten durch eine Vielzahl von (Klein-) Anlegern über spezialisierte Internet-Dienstleistungs-plattformen. Dabei dient Crowdfunding als Oberbegriff für die Formen equity-based Crowdfunding, donation-based Crowdfunding, reward-based Crowdfunding und lending-based Crowdfunding (nachfolgend Crowdlending). Im Rahmen des Crowdlendings erfolgt die Aufbringung finanzieller Mittel durch die Crowd im Rahmen von Darlehensverträgen. Der folgende Beitrag untersucht, wie vor dem Hintergrund des Bankaufsichtsrechts und des Zivilrechts Crowdlending mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung und die verschiedenen Investorengruppen auszugestaltet ist.

■ Rezension

Dr. Dimitrios Linardatos	Rechtshandbuch Kryptowerte – Blockchain, Tokenisierung, Initial Coin Offerings	58
--------------------------	---	----

■ Info

BKR-Redaktion	Hybrid-Tagung „Elektronische Wertpapiere“ am 26.2.2021	60
---------------	---	----

BKR-Redaktion	In eigener Sache	60
---------------	-------------------------	----

■ Rechtsprechung

Kreditrecht

LG Bonn	17.9.2020 – 19 O 251/19	Schadensersatz wegen unwirksamer Kündigung eines Darlehensvertrags	36
---------	-------------------------	--	----

Kreditsicherungsrecht

BGH	22.9.2020 – XI ZR 219/19	Kein Widerrufsrecht hinsichtlich einer Geschäftsführer-Bürgschaft mit Anmerkung v. Dr. Johannes Deiß/Laura Kähler und Luca Nicolas Kehl	39
-----	--------------------------	---	----

Kapitalmarktrecht

BGH	15.9.2020 – II ZR 20/19	Grenzen der Kommanditistenhaftung wegen Aufklärungspflichtverletzung mit Anmerkung v. Dr. Philipp Wösthoff	47
-----	-------------------------	--	----

Bankaufsichtsrecht

OVG Berlin-Bdg	27.3.2020 – OVG 1 N 32.19	Zur Finanzierung der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken	48
----------------	---------------------------	---	----

Zahlungsverkehrsrecht

BGH	7.4.2020 – KVR 13/19	Kartellrechtswidrigkeit der Online-Banking-Bedingungen	52
-----	----------------------	--	----

OLG Hamm	7.4.2020 – 4 RVs 12/20	Strafbarkeit der Verwendung einer ec-Karte durch Dieb bei NFC-Zahlung ohne PIN-Abfrage	54
----------	------------------------	--	----

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

In Zusammenarbeit mit der Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jürgen Basedow

Dr. Andreas von Bonin

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Claus-Wilhelm Canaris

Prof. Dr. Susanne Kalss

Dr. Ulrich Karpenstein

Johannes Laitenberger

Prof. Dr. Katja Langenbucher

Dr. Luigi Malferrari

Prof. Dr. Dr. h. c. Ingolf Pernice

Prof. Dr. Dr. h. c. Uwe H. Schneider

Dr. Dominik Schnichels

Dr. Ulrich Soltész

Prof. Dr. Walter A. Stoffel

Prof. Dr. Stephan Wernicke

Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger

Aus dem Inhalt

- 
- **Jürgen Basedow**
Strikte Haftung und „nackte“ Pflichtversicherungen
(Editorial) 1
 - **Ulrich Soltész**
Wichtige Entwicklungen im Europäischen
Beihilferecht im Jahre 2020 5
 - **Michael Quandt**
Der App-Store als Kartellrechtsproblem 12
 - **Dirk Meyer**
Next Generation EU 16
 - **Thomas Klein**
Ausgleichsansprüche nach der Fluggastrechte-
Verordnung bei streikbedingter Annullierung oder
Verspätung 23
-
- **EuGH**
Geistiges Eigentum: Anspruch von Drittstaats-
angehörigen auf eine angemessene Vergütung
bei Beitrag auf einem Tonträger
(m. Anm. Thomas Ewert, S. 34) 29
 - **EuGH**
Telekommunikationsrecht: Verstoß gegen die Netz-
neutralität durch Anbieten eines Zero-Rating-Tarifs
(m. Anm. Darko Samardzic, S. 39) 36



C.H. BECK

1/2021

18. Januar 2021

32. Jahrgang S. 1–40



Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 1/2021

18. Januar · 32. Jahrgang 2021 · Seite 1–40



Inhalt

Editorial	Jürgen Basedow Strikte Haftung und „nackte“ Pflichtversicherungen	1
Europa-Report	In eigener Sache, Brexit, Institutionelles, Gesellschaftsrecht, Handelspolitik	3
Aufsätze und Berichte	Ulrich Soltész Wichtige Entwicklungen im Europäischen Beihilferecht im Jahre 2020	5
	Michael Quandt Der App-Store als Kartellrechtsproblem	12
	Dirk Meyer Next Generation EU	16
Zur Rechtsprechung	Thomas Klein Ausgleichsansprüche nach der Fluggastrechte-Verordnung bei streikbedingter Annullierung oder Verspätung	23
Rechtsprechung		
EuGH	08. 09. 2020 – C-265/19 Geistiges Eigentum: Anspruch von Drittstaatsangehörigen auf eine angemessene Vergütung bei Beitrag auf einem Tonträger (m. Anm. Thomas Ewert, S. 34)	29
EuGH	15. 09. 2020 – C-807/18 Telekommunikationsrecht: Verstoß gegen die Netzneutralität durch Anbieten eines Zero-Rating-Tarifs (m. Anm. Darko Samardzic, S. 39)	36

23. Jahrgang Nr. 1 · Januar 2021

MarkenR

S. 1-36

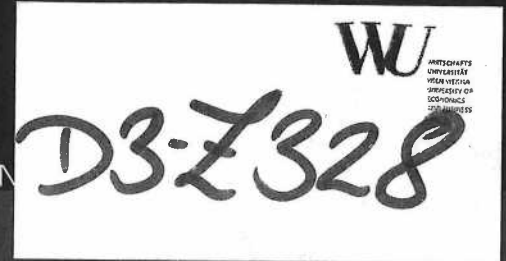
Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Kennzeichenrecht

Herausgeber

Prof. Joachim Starck
Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Prof. Dr. Olaf Sosnitza
Universität Würzburg
Richter am Oberlandesgericht a.D.

Art.-N.



Fachbeirat

**RAin Dr. Verena
v. Bomhard**
Alicante

Dr. Julia Hentsch
Markenverband e.V.

**Prof. Dr. Maximilian
Haedicke**
Universität Freiburg

Prof. Dr. Annette Kur
*Max-Planck-Institut
München*

**RA Prof. Dr. Alexander
v. Mühlendahl**
München

**RA Prof. Dr. Christian
Rohnke**
Karlsruhe

Beate Schmidt
*Präsidentin des
Bundespatentgerichts*



.... Aufsätze

Töbelmann	Die Unterscheidungskraft nicht traditioneller Marken	1
Nigam	An overview of trade mark protection and registration in India	7

Rechtsprechung

EuGH	MINERAL MAGIC	11
BGH	Vorwerk	18
BGH	Querlieferungen	26

D3-792



Editorial: Dr. Patrick Hauser

Schienekartell V: Einwand des passing-on bei Streuschäden u. U. ausgeschlossen

- 129 Prof. Dr. Helmut Köhler**
Der Schadensersatzanspruch der Verbraucher im künftigen UWG
- 136 Prof. Dr. Christian Alexander**
Überblick und Anmerkungen zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht
- 145 Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M.**
Verhaltenskodizes als Chance für erfolgreiche Selbstregulierung und ihre Vereinbarkeit mit dem Kartellverbot
- 151 Dr. Kristina Wagner, LL.M. und Dr. Martin Kefferpütz**
Das Wettbewerbsrecht im Generalverdacht des Rechtsmissbrauchs
- 159 Prof. Dr. Jan Eichelberger, LL.M.**
Ersatz immaterieller Schäden bei Datenschutzverstößen
- 168 Prof. Dr. Dieter Dörr**
Die Meinungsmacht der Intermediäre und der neue Medienstaatsvertrag
- 173 A. M./E. M.**
EuGH, Urteil vom 17.12.2020 – C-667/19
- 177 Syndicat interprofessionnel de défense du fromage Morbier/Société Fromagère du Livradois**
EuGH, Urteil vom 17.12.2020 – C-490/19
- 181 Erfolgreicher Eilantrag wegen Verletzung der prozessualen Waffengleichheit in einem außergerichtlichen Verfahren vor den Fachgerichten**
BVerfG, Beschluss vom 22.12.2020 – 1 BvR 2740/20
- 184 Zweitmarkt für Lebensversicherungen**
BGH, Urteil vom 05.11.2020 – I ZR 234/19
- 192 Verfügbare Telefonnummer**
BGH, Urteil vom 24.09.2020 – I ZR 169/17
- 201 YouTube-Drittauskunft II**
BGH, Urteil vom 10.12.2020 – I ZR 153/17
- 205 Schienekartell V**
BGH, Urteil vom 23.09.2020 – KZR 4/19

Herausgeber

Prof. Dr. Helmut Köhler

Prof. Dr. Christian Alexander

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Büscher

Prof. Dr. Franz Hacker

Dr. Gangolf Hess

Prof. Dr. Thomas Koch

Prof. Dr. Stefan Leible

Dr. Reiner Münker

In Zusammenarbeit mit der
Zentrale zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbs
Frankfurt am Main e.V.

dfv Mediengruppe
Frankfurt am Main



BEITRÄGE

Prof. Dr. Helmut Köhler, München
Der Schadensersatzanspruch der Verbraucher im künftigen UWG 129

Prof. Dr. Christian Alexander, Jena
Überblick und Anmerkungen zum Referententwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht 136

Prof. Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Potsdam
Verhaltenskodizes als Chance für erfolgreiche Selbstregulierung und ihre Vereinbarkeit mit dem Kartellverbot 145

RAin Dr. Kristina Wagner, LL.M. (Glasgow) und RA Dr. Martin Kefferpütz, Hamburg
Das Wettbewerbsrecht im Generalverdacht des Rechtsmissbrauchs 151

Prof. Dr. Jan Eichelberger, LL.M.oec., Hannover
Ersatz immaterieller Schäden bei Datenschutzverstößen 159

Prof. Dr. Dieter Dörr, Mainz
Die Meinungsmacht der Intermediäre und der neue Medienstaatsvertrag 168

RECHTSPRECHUNG

EuGH

A. M./E. M.
VO (EG) Nr. 1223/2009 Art. 19 Abs. 1 Buchst. f, Abs. 2
EuGH, Urteil vom 17.12.2020 – C-667/19 173

Syndicat interprofessionnel de défense du fromage Morbier/Société Fromagère du Livradois
VO (EU) Nr. 1151/2012 Art. 13 Abs. 1 Buchst. d
EuGH, Urteil vom 17.12.2020 – C-490/19 177

BVerfG

Erfolgreicher Eilantrag wegen Verletzung der prozessualen Waffengleichheit in einem äußerungsrechtlichen Verfahren vor den Fachgerichten
GG Art. 3 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3, Art. 103 Abs. 1; BVerfGG § 32 Abs. 1
BVerfG, Beschluss vom 22.12.2020 – 1 BvR 2740/20 181

BGH

Zweitmarkt für Lebensversicherungen
UWG § 2 Abs. 1 Nr. 3, § 4 Nr. 4, § 8 Abs. 3 Nr. 1
BGH, Urteil vom 05.11.2020 – I ZR 234/19 184

Verfügbare Telefonnummer
UWG § 3a; BGB § 312g Abs. 1, § 355, § 312d Abs. 1 S. 1; EGBGB Art. 246a § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und S. 2 i. V. m. Anlage 1 EGBGB
BGH, Urteil vom 24.09.2020 – I ZR 169/17 192

Papierspender

VO (EG) Nr. 6/2002 Art. 8 Abs. 1
BGH, Urteil vom 07.10.2020 – I ZR 137/19 196

YouTube-Drittauskunft II

RL 2004/48/EG Art. 8 Abs. 2 Buchst. a, UrhG § 19 Abs. 2 Nr. 3, § 101 Abs. 3 Nr. 1; BGB § 242
BGH, Urteil vom 10.12.2020 – I ZR 153/17 201

Schienenkartell V

GWB 1999 § 33; GWB 2005 § 33 Abs. 3; ZPO § 287 Abs. 1
BGH, Urteil vom 23.09.2020 – KZR 4/19 205

OLG Düsseldorf

Umfang der Unterlassungspflicht bei Zeichenbenutzung auf Webseiten Dritter

MarkenG § 14 Abs. 5, § 15 Abs. 4; ZPO § 890
OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.10.2020 – I-20 W 71/19 214

Verzicht auf monetäre Verwertung

MarkenG § 14 Abs. 6
OLG Düsseldorf, Urteil vom 19.11.2020 – I-20 U 152/16 215

OLG Hamm

Stopfaggregate

UWG § 4 Nr. 3c; GeschGehG § 2 Nr. 1, § 6
OLG Hamm, Urteil vom 15.09.2020 – 4 U 177/19 223

OLG Rostock

Systematische „Verschonung“ eigener Mitglieder bei der Abmahnfähigkeit eines Verbandes

UWG § 8 Abs. 4
OLG Rostock, Beschluss vom 17.11.2020 – 2 U 16/19 239

OLG Stuttgart

Schaumstoffsysteme

GeschGehG §§ 2, 4, 16, 20, 23; UWG a. F. § 17
OLG Stuttgart, Urteil vom 19.11.2020 – 2 U 575/19 242

LG Amberg

Gesamtpreisangabe bei Kombinationsangeboten

UWG §§ 3a, 5; PAngV § 1 Abs. 1, Abs. 7
LG Amberg, Urteil vom 07.12.2020 – 41 HK O 810/20 258

LG Bielefeld

Streichpreise im Onlineshop für Fahrräder

UWG § 5
LG Bielefeld, Urteil vom 06.10.2020 – 15 O 9/20 260

LG Hannover

Nachweislich salmonellenfreie Hühner

UWG §§ 5, 3a; LMIV Art. 7
LG Hannover, Urteil vom 23.11.2020 – 13 O 232/19 261

LG Koblenz

Verfügbarkeits-Check

UWG §§ 5, 5a
LG Koblenz, Urteil vom 02.10.2020 – 1 HK O 96/16 264

LEITSÄTZE 269

DER KONZERN

www.der-konzern.de

1

Seite 1 – 44
Januar 2021
19. Jahrgang

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 213

>> Konzernrecht • Steuerrecht • Rechnungslegung

Herausgeber: Prof. Dr. Stefan Simon • Prof. Dr. Andreas Cahn • Dr. Klaus-Dieter Stephan • Dr. Jens Hageböke • Prof. Dr. Ingo Stangl • Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking • Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

AUFSÄTZE

- Dr. Peter Stelmaszczyk*
Grenzüberschreitende Spaltungen de lege lata und de lege ferenda (Teil I) 1
- Michael Rust/Laura Klein*
Aktuell anhängige Verfahren zur umsatzsteuerrechtlichen Organschaft
und ihre praktischen Auswirkungen 20
- Georg Schneider/Thomas Müllner*
CSR-Berichterstattung in Europa – Quo vadis? 26

ENTSCHEIDUNGEN

- BGH*
Zur Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis
eines geschäftsführenden Gesellschafters 32
- BGH*
GmbH & Co. KG: Zur Entlastung des Geschäftsführers einer Komplementär-GmbH
bei vorbehaltloser Entlastung der Komplementärin 34
- BFH*
Zur Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt 39
- BFH*
Voraussetzungen der steuerrechtlichen Anerkennung mehrstöckiger Freiberufler-PersGes. 42

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

AUFSÄTZE

KONZERNRECHT

Umwandlungsrecht

Grenzüberschreitende Spaltungen de lege lata und de lege ferenda (Teil 1)

Dr. Peter Stelmaszczyk, Maître en Droit (Paris 1 – Panthéon-Sorbonne), Brüssel

Der vorliegende Beitrag stellt für die grenzüberschreitende Spaltung von KapGes. innerhalb der EU das anwendbare Recht, die Voraussetzungen und die von den beteiligten Unternehmen zu beachtenden Verfahrensschritte nach geltendem sowie künftigem Recht dar. Der materielle Stakeholder-Schutz und das Registerverfahren werden in einem Folgebeitrag behandelt.

DK1349998

S. 1

STEUERRECHT

Umsatzsteuer

Aktuell anhängige Verfahren zur umsatzsteuerrechtlichen Organschaft und ihre praktischen Auswirkungen

RA/FAStR Dr. Michael Rust / StBin Laura Klein, beide München/Düsseldorf

Die Voraussetzungen der umsatzsteuerrechtlichen Organschaft sind umstritten. Der Beitrag zeigt den Stand zu vier aktuellen Problemkreisen der umsatzsteuerrechtlichen Organschaft auf und stellt die Folgen für die Praxis dar. Zu den Themen zählen die PersGes. als Organgesellschaft, wer ist der Unternehmer und damit der Stpl. in der Organschaft, welchen Umfang und welche Folgen hat die Organschaft (unentgeltliche Wertabgabe?), wenn ein Beteiligter der Organschaft auch einen nichtunternehmerischen Bereich hat, und wie sehen die praktischen Folgen des BFH-Urteils zum Zusammenhang der Geschäftsveräußerung im Ganzen (GiG) und Organschaft aus?

DK1354319

S. 20

RECHNUNGSLEGUNG/CORPORATE GOVERNANCE

Corporate Governance

CSR-Berichterstattung in Europa – Quo vadis?

Prof. Dr. Dr. Georg Schneider / Thomas Müllner, MSc, beide Graz

Ziel des Beitrags ist es, die erwähnten Entwicklungen darzustellen und kritisch zu beurteilen. Dabei beschäftigt er sich mit der Überarbeitung der CSR-RL und geht auf Kritikpunkte am Status quo der CSR-Berichterstattung ein. Zudem werden die Vorarbeiten für die Entwicklung eines europäischen Standards in der CSR-Berichterstattung dargestellt. Er stellt die Vorüberlegungen der IFRS Foundation vor und diskutiert die unterschiedlichen Ansätze kritisch.

DK1354315

S. 26

ENTSCHEIDUNGEN

KONZERNRECHT

Personengesellschaftsrecht

Zur Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis eines geschäftsführenden Gesellschafters

BGH, Urteil vom 13.10.2020 – II ZR 359/18

DK1350140

S. 32

Personengesellschaftsrecht

GmbH & Co. KG: Zur Entlastung des Geschäftsführers einer Komplementär-GmbH bei vorbehaltloser Entlastung der Komplementärin

BGH, Urteil vom 22.09.2020 – II ZR 141/19

DK1349228

S. 34

STEUERRECHT

Bilanzsteuerrecht

Zur Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt

BFH, Urteil vom 19.08.2020 – XI R 32/18

DK1352773

S. 39

Einkommensteuer

Voraussetzungen der steuerrechtlichen Anerkennung mehrstöckiger Freiberufler-PersGes.

BFH, Urteil vom 04.08.2020 – VIII R 24/17

DK1350135

S. 42

NZG

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z196

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A,
Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Prof. Dr. Alfred Bergmann
Prof. Dr. Wulf Goette
Prof. Dr. Jürgen Götz
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Prof. Dr. Dieter Leuering
Prof. Dr. Hanno Merkt
Prof. Dr. Peter O. Mülbart
Dr. Bernhard Schaub
Dr. Kersten von Schenck
Dr. Sven H. Schneider
Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
Harm Peter Westermann
Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

E. A. Peus

Anwaltsbezogenes Gesellschaftsrecht – zur aktuellen
Debatte (Editorial) 89

M. Hoffmann-Becking

Haftungsbeschränkung durch Geschäftsverteilung
in Geschäftsführung und Vorstand 93

M. Staake

Organschaftliche Vertretungsbefugnisse für
Kommanditisten 95

D. Markworth

Das Stiftungsrecht am Scheideweg 100

U. Noack

Noch Fragen? Ja, auch in der virtuellen Haupt-
versammlung! 110

BGH

Veräußerungszustimmung: Kein Verknüpfen mit
Vorlage des Mietvertrags 113

BGH

Einziehung eines aus der Gesellschafterliste entfernten
Geschäftsanteils 117

BAG

Feststellungsklage des Arbeitgebers nach Eigen-
kündigung des Arbeitnehmers 123

EuGH

Wettbewerbsrechtliche Klage gegen Booking.com
vor deutschem Gericht möglich (Anm. Th. Thiede) 125



C.H. BECK

3/2021

22. Januar 2021

24. Jahrgang S. 89–128



8250202103

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 3/2021



Inhalt

Editorial	<i>E. A. Peus</i> , Anwaltsbezogenes Gesellschaftsrecht – zur aktuellen Debatte	89	
Report	Gesellschaftsrecht und Brexit	92	
Aufsätze	<i>M. Hoffmann-Becking</i> , Haftungsbeschränkung durch Geschäftsverteilung in Geschäftsführung und Vorstand	93	
	<i>M. Staake</i> , Organschaftliche Vertretungsbefugnisse für Kommanditisten	95	
	<i>D. Markworth</i> , Das Stiftungsrecht am Scheideweg	100	
Kolumne	<i>U. Noack</i> , Noch Fragen? Ja, auch in der virtuellen Hauptversammlung!	110	
Bericht	<i>M. Lück</i> , Neuere Entwicklungen in Brüssel – Der Wirecard Skandal erreicht Brüssel	111	
Literatur	<i>K. J. Hopt/M. Roth</i> , Der Aufsichtsrat: Aktienrecht und Corporate Governance (<i>Ch. H. Seibt</i>)	112	
Rechtsprechung			
<i>Personengesellschaftsrecht</i>			
BGH	25. 9. 20 – V ZR 300/18	Veräußerungszustimmung: Kein Verknüpfen mit Vorlage des Mietvertrags	113
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
BGH	10. 11. 20 – II ZR 211/19	Einziehung eines aus der Gesellschafterliste entfernten Geschäftsanteils	117
<i>Handels- und Registerrecht</i>			
OLG Karlsruhe	16. 10. 20 – 10 U 3/20	Ladenvollmacht des Angestellten im Autohaus	120

BAG 1. 10. 20 – 2 AZR 214/20 Feststellungsklage des Arbeitgebers nach Eigenkündigung des Arbeitnehmers 123

Wettbewerbs- und Kartellrecht

EuGH 24. 11. 20 – C-59/19 Wettbewerbsrechtliche Klage gegen Booking.com vor deutschem Gericht möglich (m. Anm. Thomas Thiede, S. 127) 125

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.*, Büroanschrift: Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0, -44, -28; Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht

zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-609, Telefax (089) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehling*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2021: Jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 419,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 17,- (inkl. MwSt.). **Versandkosten** jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestelei- und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: HOLZMANN DRUCK GmbH & Co. KG, Gewerbestraße 2, 86825 Bad Wörishofen.



WM**Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****2****WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN**16. Januar 2021
75. Jahrgang
Seiten 53-100**WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**DB-Z 187****Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinProf. Dr. Jens-Hinrich Binder,
TübingenVizepräsident des BGH
Prof. Dr. Jürgen Ellenberger,
KarlsruheRechtsanwältin
Dr. Anna Heidebach,
Frankfurt a. M.Rechtsanwältin
Dr. Karen Kuder,
Frankfurt a. M.Richterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**AUS DEM INHALT:**

Seite 53

Univ.-Prof. Dr. Horst Hammen, Gießen
Zulässigkeit vorbeugender Unterlassungsklagen gegen drohen-
de Maßnahmen der BaFin nach §§ 37, 38 KWG

Seite 60

Wiss. Mitarbeiter Sebastian Kasper, Passau
Harmonisierungsgrad der Anlegerschutzbestimmungen nach
der MiFID II
– Teil I –

Seite 67

BGH, 14.10.2020 – 5 StR 229/19
Zur Bestimmung des erlangten Etwas im Sinne von § 73 Abs. 1
StGB in Fällen informations- und handlungsgestützter Markt-
manipulationen und in Fällen handelsgestützter Marktmani-
pulationen; zur Zulässigkeit des Zugriffs auf beim Provider
zwischen- oder endgespeicherte („ruhende“) E-Mails nach
§ 100a Abs. 1 Satz 1 StPO

Seite 70

OLG Düsseldorf, 21.4.2020 – I-6 U 136/19
Zu den Anforderungen an die Begründung einer Kündigung
der Geschäftsbeziehung wegen wesentlicher Verschlechte-
rung bzw. Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Dar-
lehensnehmers nach Nr. 26 Abs. 2 Satz 2 AGB-Banken i.V.m.
§ 490 Abs. 1 BGB

Seite 74

BGH, 10.12.2020 – IX ZR 24/20
Keine Auswirkung der Restschuldbefreiung auf eine vor der
Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingetragene Zwangs-
hypothek

Seite 79

BGH, 17.12.2020 – IX ZR 122/19
Zur Frage, ob die Entnahme von Guthaben auf einem Kapital-
konto des Kommanditisten insolvenzrechtlich wie die Rück-
gewähr eines Gesellschafterdarlehens anfechtbar istWERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Horst Hammen, Gießen

Zulässigkeit vorbeugender Unterlassungsklagen gegen drohende Maßnahmen der BaFin nach §§ 37, 38 KWG 53

Wiss. Mitarbeiter Sebastian Kasper, Passau

Harmonisierungsgrad der Anlegerschutzbestimmungen nach der MiFID II
– Teil I – 60

Rechtsprechung

Bankrecht, Kapitalmarktrecht und Finanzdienstleistungsrecht

- Bundesgerichtshof 14.10.2020 5 StR 229/19* Zur Bestimmung des erlangten Etwas im Sinne von § 73 Abs. 1 StGB in Fällen informations- und handlungsgestützter Marktmanipulationen und in Fällen handelsgestützter Marktmanipulationen; zur Zulässigkeit des Zugriffs auf beim Provider zwischen- oder endgespeicherte („ruhende“) E-Mails nach § 100a Abs. 1 Satz 1 StPO 67
- OLG Düsseldorf 21.4.2020 I-6 U 136/19* Zu den Anforderungen an die Begründung einer Kündigung der Geschäftsbeziehung wegen wesentlicher Verschlechterung bzw. Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Darlehensnehmers nach Nr. 26 Abs. 2 Satz 2 AGB-Banken i.V.m. § 490 Abs. 1 BGB 70

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 19.11.2020 IX ZB 21/20 Zur Berechnungsgrundlage der Vergütung des Insolvenzverwalters, wenn vom Prozessgegner erstattete Prozesskosten und von der Gerichtskasse erstattete, nicht verbrauchte Gerichtskosten gegen die von der Masse verauslagten Kosten zu verrechnen sind 73
- Bundesgerichtshof 10.12.2020 IX ZR 24/20 Keine Auswirkung der Restschuldbefreiung auf eine vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingetragene Zwangshypothek 74
- Bundesgerichtshof 17.12.2020 IX ZR 21/19 Keine Unterbrechung des Rechtsstreits durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Schuldnerin, wenn der Kläger mit dem Vortrag, von dem Beklagten durch Täuschung zu einer Zahlung an die spätere Schuldnerin veranlasst worden zu sein, einen Einzel Schaden geltend macht und dieser sowie ein möglicherweise daneben bestehender Gesamtschaden unterschiedliche Streitgegenstände betreffen 76
- Bundesgerichtshof 17.12.2020 IX ZR 122/19* Zur Frage, ob die Entnahme von Guthaben auf einem Kapitalkonto des Kommanditisten insolvenzrechtlich wie die Rückgewähr eines Gesellschafterdarlehens anfechtbar ist 79

Sonstiges

- Bundesgerichtshof 11.2.2020 EnVR 101/18 Zu den Anforderungen nach § 3 Nr. 15 EEG an eine im Ausschreibungsverfahren privilegierte Bürgerenergiegesellschaft 82
- Bundesgerichtshof 11.2.2020 EnVR 33/19 Zum Umfang der Bindung der Regulierungsbehörde an die Rechtsauffassung des Gerichts, wenn das Gericht die Regulierungsbehörde verpflichtet, einen Betroffenen unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu bescheiden 85

Bundesgerichtshof	5.5.2020	EnVR 59/19	Zu den Voraussetzungen eines Kapitalkostenaufschlags auf die Erlösobergrenze des Jahres 2018 nach § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 10a ARegV	88
Bundesgerichtshof	1.9.2020	EnVR 104/18	Zum Einfluss der Missachtung von Formatvorgaben der Bundesnetzagentur, die nicht in Form der Festlegung gemäß § 34 Abs. 2 FFAV getroffen worden sind, auf einen mit allen notwendigen Angaben versehenen und innerhalb der materiell-rechtlichen Ausschlussfrist eingegangenen Antrag auf Ausstellung der Förderberechtigung nach § 21 FFAV; zur Frage, unter welchen Voraussetzungen die Wirksamkeit eines Antrags von der Wahrung der Schriftform abhängt	96



www.wmseminare.de/tik

TIK 2021

Virtuelle Konferenz
Tag der Institutionellen
Kapitalanlage
28. Januar 2021

WMSeminar

bbi

Virtuelle Konferenz: Tag der Institutionellen Kapitalanlage

28. Januar 2021 Informationen: Tel. +49 69 2732 567

WMSeminar



Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt a. M.; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt a. M. (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e. V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Jens-Hinrich Binder, LL.M. (London), Eberhard Karls Universität Tübingen; Vizepräsident des Bundesgerichtshofs Professor Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Rechtsanwältin Dr. Karen Kuder, Chefsyndikus der Deutschen Bank AG, Frankfurt a. M.; Ilse Lohmann, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Redaktionsleiter: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; **Lektorat:** Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: h.back@wmrecht.de; **Redaktionsassistentin:** Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; **Vertrieb/Nachbestellungen:** (0 69) 27 32-142, **Telefax** (0 69) 23 26 85, E-Mail: vertrieb@wmgruppe.de

Satz: mediaTEXT Jena GmbH, Richard-Sorge-Straße 6a/b, 07747 Jena, E-Mail: info@mediatext.de

Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 (inkl. MwSt.) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (inkl. MwSt.).
Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50% auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2021 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberrechtlich geschützt. Urheberrecht besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

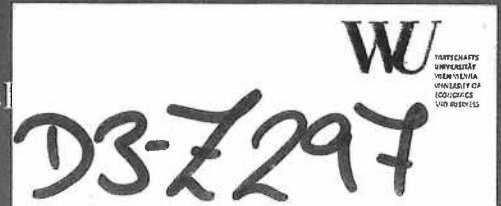
Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

INFORMATIONENRECHT

DATENSCHUTZ – E-COMMERCE – GEISTIGES EI



November 2020 / Heft 4, Seiten 369–476 (8. Jahrgang)

Mit Jahresübersicht 2020 zum Herausnehmen

- 369 Editorial: RECHTSSTAATLICHKEIT – koste es, was es wolle
 372 Kurznachrichten und -beiträge (zusammengestellt von Peter Burgstaller)

Aufsätze

- 376 Anforderungen an die Vertragsgestaltung bei Scrum-Projekten
 Tobias Tretzmüller
 382 Doppelte Bestrafung von Nicht-EU-Unternehmen nach DSGVO möglich?
 Gernot Fritz und Boris Klimpfinger

Judikaturspiegel

- 390 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZIIR-Slg 2020/66 – 2020/76)

Judikatur

- 393 Datenschutzrecht
 432 E-Commerce Recht
 445 Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht
 459 Persönlichkeits- und Medienrecht

EuGH Vorlagefragen

Service-Teil

Herausgeberredaktion: P. Burgstaller, C. Thiele

Herausgeber: T. Höhne, A. Wiebe

INHALT

Mit Jahresübersicht 2020 zum Herausnehmen

EDITORIAL

- 369 RECHTSSTAATLICHKEIT – koste es, was es wolle

KURZNACHRICHTEN UND -BEITRÄGE / TAGUNGSBERICHTE

- 372 Kurznachrichten
Peter Burgstaller
- 372 Ausschlusskriterien für die Substituierung physischer Originale in der digitalen Verwaltung
Edmund Primosch

AUFSÄTZE

- 376 Anforderungen an die Vertragsgestaltung bei Scrum-Projekten
Tobias Tretzmüller
- 382 Doppelte Bestrafung von Nicht-EU-Unternehmen nach DSGVO möglich?
Gernot Fritz und Boris Klimpfinger

JUDIKATURSPIEGEL

- 390 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZIIR-Slg 2020/66 – 2020/76)

JUDIKATUR

DATENSCHUTZRECHT

- 393 OGH: Filmen von privaten Auseinandersetzungen mit Smartphone zu Beweis Zwecken
OGH Urteil vom 20.5.2020, 6 Ob 206/19s – *Handyvideos zu Beweis Zwecken* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 404 OLG Linz: Passivlegitimation für Schadenersatz nach der DSGVO
OLG Linz Urteil vom 12.6.2019, 6 R 49/19x – *Haartransplantation* (Anmerkung von Clemens Thiele)
- 410 DSB stattet AMS-Algorithmus mit Ablaufdatum aus
DSB Bescheid vom 16.8.2020, DSB-D213.1020 2020-0.513.605 – *Arbeitsmarktchancen Assistenz-System (AMAS)*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 419 DSB: Beschwerdemöglichkeit für juristische Personen wegen Verletzung ihrer geheimen Wirtschaftsdaten
DSB Bescheid vom 25.5.2020, DSB-D124.1182 2020-0.191.240 – *Arzneimittel-Großhändler*
(Anmerkung von Clemens Thiele)

E-COMMERCE RECHT

- 432 OGH: Rückportierung einer Mobilfunknummer nach Ende des Dienstvertrages
OGH Beschluss vom 29.8.2019, 8 ObA 44/19g – *Kundenbetreuer Handy*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 436 EuGH: Zur Neutralität des Internets
EuGH Urteil vom 15.9.2020, C-807/18 und C-39/19 – *Netzneutralität*

LAUTERKEITS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

- 445 EuGH: Markennennung auf Websites Dritter nach Unterlassungstitel
EuGH Urteil vom 2.7.2020, C-684/19 – *mk adovakten/MBK Rechtsanwälte*
(Anmerkung von Clemens Thiele)

- 450 EuGH: Inländerbehandlung von ausübenden Künstlern
EuGH Urteil vom 8.9.2020, C-265/19 – *recorded artists*

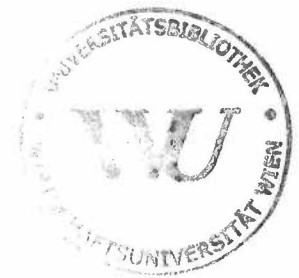
PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT

- 459 OGH: Rufschädigung in einer Gemeinderatsdebatte als hoheitliches Handeln
OGH Beschluss vom 25.5.2020, 1 Ob 70/20f – *Querulant im Gemeinderat*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 462 OGH: GPS-Überwachung im Fahrzeug – immaterieller Schadenersatz
OGH Urteil vom 22.1.2020, 9 ObA 120/19s – *GPS-KFZ-Überwachung/Schadenersatz*

EuGH VORLAGEFRAGEN

SERVICE-TEIL

- 471 Rezensionen
473 Bücherliste
474 Herausgeberredaktion / Herausgeber / Beirat
475 Autoren
476 Impressum



Zitierbeispiele:

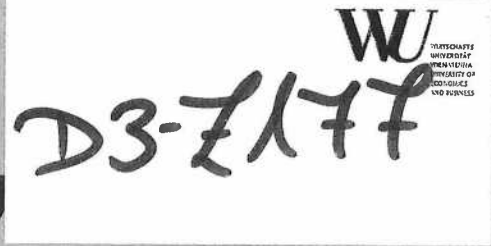
Heft 1/2013 – Heft 2/2015:

Burgstaller, ZfIR 2015, 25; ZfIR-Slg 2015/61, 143

Heft 3/2015 ff:

Burgstaller, ZfIR 2015, 233; ZfIR-Slg 2015/62, 273

GRUR



Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift
der Deutschen
Vereinigung für
gewerblichen
Rechtsschutz
und Urheberrecht

www.grur.org
www.grur.beck.de

- 1241** MATTHIAS LEISTNER/LUKAS KLEEBERGER
Die Drittwirkung von FRAND-Erklärungen aus
kartellrechtlicher und vertragsrechtlicher Sicht
- 1248** MARTIN SCHAEFER
Die digitale Privatkopie im Zeitalter der
„Exception based Business Models“
- 1256** RALPH NACK/ARMIN KÜHNE
Zur Leistungskondition von Lizenzgebühren
- 1260** HENNING HARTWIG
Gestaltungsfreiheit im Gemeinschaftsgeschmacks-
musterrecht
- 1268** RUPPRECHT PODSZUN
Der Verbraucher als Marktakteur: Kartellrecht
und Datenschutz in der „Facebook“-Entscheidung
des BGH
- 1295** EuGH
Keine öffentliche Wiedergabe durch elektronische
Übermittlung von Beweismitteln im Zivilverfahren
– BY/CX
- 1301** EuGH
Anforderungen an ernsthafte Benutzung einer
Fahrzeugmarke in besonderem Marktsegment für
breite Warenkategorie – Ferrari/DU [testarossa]
- 1306** BGH
Voraussetzungen für Marktabschottung durch
selektives Vertriebssystem – Querlieferungen

12/2020

Seiten 1241 bis 1352 · 122. Jahrgang · Dezember 2020
München · Frankfurt am Main



J4502020 12



INHALT

- AUFSÄTZE**
- 1241** MATTHIAS LEISTNER/LUKAS KLEEBERGER
Die Drittwirkung von FRAND-Erklärungen aus kartellrechtlicher und vertragsrechtlicher Sicht
- 1248** MARTIN SCHAEFER
Die digitale Privatkopie im Zeitalter der „Exception based Business Models“
- 1256** RALPH NACK/ARMIN KÜHNE
Zur Leistungskondition von Lizenzgebühren. Vorschlag einer neuen Standardklausel für Lizenzverträge
- 1260** HENNING HARTWIG
Gestaltungsfreiheit im Gemeinschaftsgeschmacksmusterrecht
- 1268** RUPPRECHT PODSZUN
Der Verbraucher als Marktakteur: Kartellrecht und Datenschutz in der „Facebook“-Entscheidung des BGH

- REPORT**
- 1277** HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – Dezember 2020

- MITTEILUNGEN**
- 1278** Stellungnahme der Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V. (GRUR) zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts

- BUCHBESPRECHUNGEN**
- 1283** PETER MES: Patentgesetz, Gebrauchsmustergesetz, PatG, GebrMG. Kommentar, 5. neu bearb. Aufl. (von Falck)

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT**
- 1284** BGH 11.8.20 – X ZR 96/18
Kein eingeschränktes Rechtsschutzinteresse an Nichtigkeitsklage durch erhobene Verletzungsklage – **Datenpaketumwandlung**
- 1291** BGH 4.8.20 – X ZR 40/18
Erwiderungsfrist im Patentnichtigkeitsverfahren – **Energieversorgungssystem**

- URHEBERRECHT **1295** EuGH 28.10.20 – C-637/19
Keine öffentliche Wiedergabe durch elektronische Übermittlung von Beweismitteln im Zivilverfahren – **BY/CX**
- 1297** BGH 18.6.20 – I ZR 171/19
Verletzung des Senderechts durch öffentliche Wiedergabe – **Rundfunkübertragung in Ferienwohnungen**
- MARKENRECHT **1301** EuGH 22.10.20 – C-720/18, C-721/18
Anforderungen an ernsthafte Benutzung einer Fahrzeugmarke in besonderem Marktsegment für breite Warenkategorie – **Ferrari/DU [testarossa]**
- 1306** BGH 15.10.20 – I ZR 147/18
Voraussetzungen für Marktabschottung durch selektives Vertriebssystem – **Querlieferungen**
- 1311** BGH 15.10.20 – I ZR 210/18
Nicht von Herkunftshinweisfunktion geschützte Täuschung über Anbieteridentität auf Online-Marktplatz – **Vorwerk**
- KARTELLRECHT **1318** BGH 23.6.20 – KVR 69/19
Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung – **Facebook**
- MEDIEN- UND DATENRECHT **1331** BGH 27.7.20 – VI ZR 405/18
Entfernung von Links aus Suchergebnislisten – **Recht auf Vergessenwerden**
- 1338** BGH 27.7.20 – VI ZR 476/18
Folgen von Rechtsschutz und Kontext bei Auslistungsbegehren – **Recht auf Vergessenwerden**
- 1344** BGH 22.9.20 – VI ZR 476/19
Identifizierende Wortberichterstattung in Online-Archiv – **Apollonia Prozess II**
- VERFAHRENSRECHT **1345** BVerfG 1.9.20 – 2 BvQ 61/20
Gehörsanspruch und prozessuale Waffengleichheit – **Abberufung aus Stiftungsrat**
- 1346** BGH 9.7.20 – I ZB 79/19
Kosten des Gerichtsvollziehers für Vollstreckung einer Duldungsverfügung – **Besichtigungsanspruch eines IT-Systems**
- 1348** BGH 27.8.20 – III ZB 30/20
Titelauslegung zu Benutzerkontenzugang – **Digitaler Nachlass II**

V Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 12/2020

VI GRUR-Aktuell

XIII Leitsatzübersicht

XVI Impressum

versicherung rundschau

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-L254

Zeitschrift für das Versicherungswesen

November 2020 11 | 20

magazin

Editorial

Die Tiroler Versicherung wird nächstes
Jahr zweihundert Jahre jung.

Interview mit Dr. Walter Schieferer

International

gesundheitsvorsorge

Die Beurteilung der Reservekapazität bei
Intensivbetten ist schwierig

wissenschaft

Die moderne Informationstechnolo-
gie ermöglicht die Kalkulation risiko-
adäquater Prämien. Im Gespräch mit
Professor Alexander Mürmann

Aktuelles zum Thema Nachhaltigkeit

rechtsprechung

1086. RechtsschutzV: Zeitlicher
Deckungsbereich Abgas-Skandal



EU-Aktionsplan zur Kapitalmarktunion

magazin Redaktion: dagmar.straif@vvo.at

Editorial	03
TITEL	
EU-Aktionsplan zur Stärkung des Kapitalmarktes Der Fahrplan für zentrale EU-Legislativprojekte wurde veröffentlicht	04
Die Tiroler Versicherung wird nächstes Jahr zweihundert Jahre jung Im Gespräch mit Dr. Walter Schieferer, Vorstandsvorsitzender der Tiroler Versicherung V.a.G.	11
International Paket zur Digitalisierung des Finanzsektors Dr. Peter Braumüller als EIOPA Vize-Vorsitzender wiedergewählt Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding mit dem albanischen Versicherungsverband	15

gesundheitsvorsorge Redaktion: astrid.knitel@vvo.at

Die Beurteilung der Reservekapazität bei Intensivbetten ist schwierig Mehrere Ansätze sind bei der kurz- und auch langfristigen Planung zu beachten	19
---	-----------

wissenschaft Redaktion: katharina.trampisch@gvfw.at

Die moderne Informationstechnologie ermöglicht die Kalkulation risiko-adäquater Prämien Im Gespräch mit Professor Alexander Mürmann, Leiter der Abteilung Financial Research an der Wirtschaftsuniversität Wien, Herausgeber der Zeitschrift „Geneva risk and insurance review“	22
INSURANCE PRIME: Aktuelles zum Thema Nachhaltigkeit Veranstaltungsbericht über ein Online-Seminar der GVFW	27
Rechtsprechung 1086. RechtsschutzV: Zeitlicher Deckungsbereich Abgas-Skandal	31
Für Sie gelesen	34
Impressum	34

49. Jahrgang / Dezember 2020 / Nr. 6

Der Gesellschafter

Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht

Herausgegeben von
Nikolaus Arnold und Susanne Kalss

GesRZ

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z288

Florian Ebner/Susanne Kalss

Die digitale Sammelurkunde

Georg Eckert/Alexander Schopper

Kapitalaufbringung bei wechselseitigen Beteiligungen

Kerstin Stritzke

Informationsanspruch des GmbH-Gesellschafters

Bernd Schneiderbauer/Mona Holzgruber

Herabsetzung der Haftsumme bei der GmbH & Co KG

Hans-Georg Koppensteiner

Über Unternehmensverträge

Der praktische Fall

Hubert und Paul Collum

Aus der aktuellen Rechtsprechung

Judikatur zum Gesellschafts- und Privatstiftungsrecht

Unternehmensrecht aktuell

Wichtige Gesetzesvorhaben im Überblick

Österreichische und europäische Finanzmarktaufsicht

Inhalt

SUSANNE KALSS	
Das Firmenbuch – wichtige Infrastruktur für eine Marktwirtschaft.....	365
THOMAS BARTH / SOPHIE NATLACEN	
Unternehmensrecht aktuell	366
FLORIAN EBNER / SUSANNE KALSS	
Die digitale Sammelurkunde – ein erster Schritt zur vollständigen Digitalisierung des österreichischen Wertpapierrechts.....	369
GEORG ECKERT / ALEXANDER SCHOPPER	
Kapitalaufbringung bei wechselseitigen Beteiligungen.....	381
KERSTIN STRITZKE	
Wer sucht, der findet: Die gesetzliche Grundlage des allgemeinen Informationsanspruchs des GmbH-Gesellschafters ...	396
BERND SCHNEIDERBAUER / MONA HOLZGRUBER	
Herabsetzung der Haftsumme bei der GmbH & Co KG	401
DER KONZERN:	
Über Unternehmensverträge (Hans-Georg Koppensteiner) ...	403
DER PRAKTISCHE FALL:	
Hubert und Paul Collum: Bruderzank im Forst (Susanne Kalss / Stephan Probst).....	410

Aus der aktuellen Rechtsprechung

OGH	
Außerstreitiger Rechtsweg für alle Anträge nach § 166 UGB.....	414
Erstattungsanspruch nach § 9 Abs 1 Satz 2 EKEG	414
Zur Haftung eines GmbH-Geschäftsführers.....	422
Abtretung von GmbH-Geschäftsanteilen.....	423
Gerichtliche Abberufung eines Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH wegen eines In-sich-Geschäfts	426
OLG Wien	
Vorlage der Stiftungszusatzurkunde im firmenbuchrechtlichen Eintragsverfahren	429
Rezensionen	368, 402, 432

Impressum

Periodisches Medienwerk: Der Gesellschafter – Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht. „Der Gesellschafter“ ist zu zitieren: GesRZ Kalenderjahr, Seite. Grundlegende Richtung: Diese Fachzeitschrift befasst sich mit Problemen auf allen Gebieten des Gesellschafts- und Unternehmensrechts anhand von Theorie und Praxis. Sie erscheint sechsmal jährlich, und zwar im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Jahresabonnement 2020 Print & Online: € 215,- inkl MwSt., zzgl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes: € 45,10 inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement um jeweils ein Jahr zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlages gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Herausgeber oder der Autoren ausgeschlossen ist.

Für Publikationen in den Fachzeitschriften des Linde Verlags gelten die AGB für Autorinnen und Autoren (abrufbar unter <https://www.lindeverlag.at/agb>) sowie die Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lindeverlag.at/datenschutz/>).

ISSN 0250-6440

Herausgeber und Redaktion:

Rechtsanwalt Dr. Nikolaus Arnold,
1010 Wien, Wipplingerstraße 10
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss, LL.M.,
1020 Wien, Institut für Unternehmensrecht,
WU, Welthandelsplatz 1
E-Mail: gesrz@lindeverlag.at

Medieninhaber und Medienunternehmen:

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24
Telefon: 24 630 Serie
Telefax: 24 630-23 DW
E-Mail: office@lindeverlag.at
<http://www.lindeverlag.at>
DVR 0002356

Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.
Sitz: Wien, Firmenbuchnummer 102235X
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr.: 3991
Gesellschafter: Anna Jentsch (35 %) und
Jentsch Holding GmbH (65 %) und
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr
Benjamin Jentsch
P. b. b. – Verlagspostamt 1210 Wien –
Erscheinungsort Wien

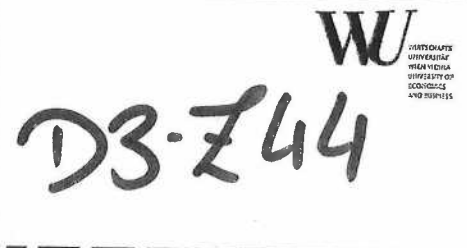
Anzeigenverkauf und -beratung:
Gabriele Hladik, Tel.: +43 1 24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
Martin Moser, Tel.: +43 676 410 36 05
E-Mail: moser@medlaprojekte.at

Herstellung

jentsch

Druckerei Hans Jentsch & Co GmbH
1210 Wien, Scheydgasse 31,
Tel.: 01/ 278 42 16-0; E-Mail: office@jentsch.at;
mehrfach umweltzertifiziert
(<http://www.jentsch.at>)

ABGABEN-, FINANZ- UND STEUERRECHT



BFG-ERKENNTNISSE ZUM ABGABEN- UND STEUERRECHT

2020 / Heft 6, Seiten 201–240 (18. Jahrgang)



Mit Jahresübersicht 2020 zum Herausnehmen

Steuer & Service

- 202 Lohnsteuerprüfung Neu
- 206 Zinsersparnis 2021
- 207 Erlass zu Aufzeichnungspflichten für Plattformen
- 208 Bausparprämie 2021

Bundesfinanzgericht

- 209 BFG-kompakt – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
- 210 Verlustrealisierung bei Einkünften aus privaten Grundstücksveräußerungen – Zuflussprinzip
- 214 Anteilsvereinigung bei der GrESt durch down-stream Verschmelzung
- 216 Hauptwohnsitzbefreiung für Eigenheime bei Übertragung schlichter Miteigentumsanteile
- 219 Beschwerde wegen Haftungsinanspruchnahme gemäß §§ 9 und 80 BAO
- 222 Bemessung von Sachbezügen für pensionierte Bundesheerangehörige
- 225 Abzugsfähigkeit von Parteiabgaben als Werbungskosten
- 227 Zurückweisung einer rechtsmissbräuchlich eingebrachten Leerbeschwerde
- 229 Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung der überreichten Revision (Amtsrevision)
- 230 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“

Verwaltungsgerichtshof

- 234 Anhängige Amtsrevisionen

Herausgeber: Hubert W. Fuchs und Klaus Hilber

INHALT



STEUER & SERVICE

- 202 Lohnsteuerprüfung Neu
(Christoph Ritz)
- 206 Zinersparnis 2021
Erlass des BMF vom 7.10.2020, 2020-0.604.819 (Hubert W. Fuchs)
- 207 Erlass zu Aufzeichnungspflichten für Plattformen
Erlass des BMF vom 28.9.2020, 2020-0.621.001 – gültig ab 28.9.2020 (Hubert W. Fuchs)
- 208 Bausparprämie 2021
Erlass des BMF vom 15.10.2020, 2020-0.591.325, BMF-AV Nr 159/2020 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 209 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
(Klaus Hilber)
- 210 Verlustrealisierung bei Einkünften aus privaten Grundstücksveräußerungen – Zuflussprinzip
BFG 28.8.2020, RV/2100783/20 (Klaus Hilber)
- 214 Anteilsvereinigung bei der GrESt durch down-stream Verschmelzung
BFG 3.8.2020, RV/7100614/2013 (Clemens Endfellner)
- 216 Hauptwohnsitzbefreiung für Eigenheime bei Übertragung schlichter Miteigentumsanteile
BFG 13.7.2020, RV/7105980/2015 (Klaus Hilber)
- 219 Beschwerde wegen Haftungsanspruchnahme gemäß §§ 9 und 80 BAO
BFG 2.9.2020, RV/6100155/2020 (Klaus Hilber)
- 222 Bemessung von Sachbezügen für pensionierte Bundesheerangehörige
BFG 3.8.2020, RV/6100305/2020 (Hubert W. Fuchs)
- 225 Abzugsfähigkeit von Parteiabgaben als Werbungskosten
BFG 8.7.2020, RV/2100263/2020 (Hubert W. Fuchs)
- 227 Zurückweisung einer rechtsmissbräuchlich eingebrachten Leerbeschwerde
BFG 4.6.2020, RV/7101804/2019 (Hubert W. Fuchs)
- 229 Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung der überreichten Revision (Amtsrevision)
BFG 22.3.2019, AW/2100001/2019 (Hubert W. Fuchs)
- 230 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“
(Hubert W. Fuchs)

VERWALTUNGSGERICHTSHOF

- 234 ANHÄNGIGE AMTSREVISIONEN
(Hubert W. Fuchs)
- 236 Buchbesprechungen
- 240 Herausgeber, Autoren
- U3 Impressum

BKR

Zeitschrift Bank- und Kapitalmarktrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 190

Geschäftsführende Herausgeber:
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb
Prof. Dr. Jens Koch

Herausgeber:
Prof. Dr. Markus Artz
Paul H. Assies
Dr. Heiko Beck
Prof. Dr. Jürgen Ellenberger
Dr. Markus Escher
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann
Dr. Christian Grüneberg
Prof. Dr. Mathias Habersack
Ralf Josten
Dr. Volker Lang
Prof. Dr. Katja Langenbucher
Klaus M. Löber
Dr. Rainer Metz
Prof. Dr. Sebastian Omlor
Prof. Dr. Dörte Poelzig
Prof. Dr. Patrick Rösler
Prof. Dr. Frank A. Schäfer
Dr. Hanno Teuber
Dr. Wolfgang Weitnauer
Prof. Dr. Stefan Werner

bkr.beck.de

Jetzt 60 Seiten.

Mehr Inhalt – mehr Aktualität.



C.H. BECK

20
JAHRE
BKR

Dr. Harald Glander/Daniel Lühmann/Dr. Thomas Jesch
**Nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten
im Finanzdienstleistungssektor (Teil 2)** 545

Dr. Thomas Preuße/Karsten Wöckener/Daniel Gillenkirch
**Der Gesetzesentwurf zur Einführung
elektronischer Wertpapiere** 551

Dr. Jan Frederik Heuer
**Kreditsicherung durch Intellectual Property
Rights** 559

Dr. Ramon Sieven/Tobias Flatt
**Risikofaktoren in Wertpapierprospekten
nach der neuen Prospektverordnung** 564

Dr. Tobias B. Lühmann
**Rechtsfolgen der fehlerhaften Umsetzung
von Art. 7 der RL 2002/65/EG** 571

Ass. jur. Markus Gentsch
Die EZB ultra vires? 576

EuGH, Urt. v. 4.6.2020 – C-301/18
**Widerruf eines Fernabsatz-Verbraucher-
darlehensvertrags – Leonhard** 586

OLG Frankfurt a. M., Beschl. v. 15.6.2020 – 17 U 272/19
**Zur Haftung der Clearstream Banking AG
m. Anm. v. Dr. M. Freytag/T. Bachmeier** 592

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 6.2.2020 – 1 U 83/19
Zur Haftung der BaFin gegenüber Anlegern 597

11/2020

20. Jahrgang
Seite 545 bis 604, 19. November 2020



K150202011



■ Aufsätze

- Dr. Harald Glander, LL. M. (Cape Town)/
Daniel Lühmann, LL. M. (Edinburgh)/
Dr. Thomas Jesch, LL. M. (Georgetown)
- Nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor unter der Offenlegungsverordnung (Teil 2)** 545
- In einem ersten Teil (vgl. *Glander/Lühmann/Jesch*, BKR 2020, 485 ff.) wurden die Hintergründe zur Offenlegungs-VO, deren Struktur sowie die unternehmensbezogenen Offenlegungspflichten dargestellt. Nachfolgend werden die produktbezogenen Offenlegungspflichten, die möglichen Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Offenlegungspflichten sowie die Auswirkungen der Offenlegungspflichten auf (institutionelle) Investoren beleuchtet.
- Dr. Thomas Preußel/
Karsten Wöckener/
Daniel Gillenkirch
- Der Gesetzesentwurf zur Einführung elektronischer Wertpapiere** 551
- Der Beitrag befasst sich mit dem Referentenentwurf von BMJV und BMF zur Einführung elektronischer Wertpapiere. Dargestellt werden die wesentlichen Regelungen des Gesetzesentwurfes für elektronisch zentral und in der Blockchain registrierte Schuldverschreibungen. Diese werden insbesondere vor dem Hintergrund des geltenden Zivil-, Aufsichts- und Wertpapierrechts und des Verbraucherschutzes umfassend bewertet. Die geplanten Regelungen werden zudem einem Rechtsvergleich mit dem schon geltenden Recht für elektronische Wertpapiere in Frankreich, Luxemburg und der Schweiz unterzogen.
- Dr. Jan Frederik Heuer
- Kreditsicherung durch Intellectual Property Rights** 559
- In komplexen Finanzierungen werden oftmals eine Vielzahl von Kreditsicherheiten über werthaltige Vermögensgegenstände des Darlehensnehmers und/oder seiner Tochtergesellschaften bestellt. Auch gewerbliche Schutzrechte – im Englischen IP-Rights („Intellectual Property Rights“) – können zur Absicherung der Zahlungsforderungen der finanzierenden Bank(en) herangezogen werden. Der nachfolgende Artikel liefert einen Überblick über die gängigsten gewerblichen Schutzrechte, ihre Rechtsquellen, die möglichen Arten ihrer Bestellung als Kreditsicherheit und bestehende Besonderheiten in der Erstellung der entsprechenden Vertragsdokumentation.
- Dr. Ramon Sieven, LL. M./
Tobias Flatt
- Risikofaktoren in Wertpapierprospekten nach der neuen Prospektverordnung** 564
- Risikofaktoren stellen einen wesentlichen Bestandteil von Wertpapierprospekten dar. Ihre Darstellung muss seit dem 21.7.2019 den Anforderungen der neuen Prospektverordnung entsprechen. Die darin enthaltenen und bereits intensiv diskutierten Neuerungen werden in diesem Beitrag dargestellt und rechtlich eingeordnet. Hierbei wird neben der Berücksichtigung der entsprechenden Leitlinien der ESMA und den FAQs der BaFin insbesondere der Umgang der bisherigen Praxis mit den neuen Vorgaben untersucht.
- Dr. Tobias B. Lühmann
- Rechtsfolgen der fehlerhaften Umsetzung von Art. 7 der RL 2002/65/EG** 571
- Das LG Bonn hat mit zwei Vorlagebeschlüssen aus dem Jahr 2019 die Frage in den Blickpunkt gerückt, ob der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der RL 2002/65/EG zum Erlöschen und den Rechtsfolgen von Widerrufsrechten für Fernabsatzdarlehensverträge richtig umgesetzt hat und welche Rechtsfolgen sich gegebenenfalls aus einem Verstoß gegen die Umsetzungsverpflichtung ergeben. Nach dem Urteil des EuGH in der Rs. C-143/18 (Romano) am 11.9.2019 (BKR 2020, 81) und

der nachfolgenden Entscheidung des BGH (BKR 2020, 84) steht fest, dass der deutsche Gesetzgeber Art. 6 Abs. 2 lit. c der RL 2002/65/EG fehlerhaft und zu Lasten von Darlehensgebern umgesetzt hat. Das Urteil des EuGH vom 4.6.2020 in der Rs. C-301/18 (Leonhard) zu Art. 7 Abs. 4 der RL 2002/65/EG wirft ähnliche Fragen danach auf, ob gegen die Umsetzungsverpflichtung verstoßen wurde und welche Folgen sich aus einem Verstoß für bereits abgeschlossene und noch laufende Auseinandersetzungen zwischen Darlehensnehmern und Darlehensgebern ergeben können. Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen.

Ass. jur. Markus Gentsch **Die EZB ultra vires?**

576

Die PSPP-Entscheidung des BVerfG markiert nicht nur einen Meilenstein im kooperativ-konfrontativ geprägten Rechtsprechungsverbund, sondern adressiert wichtige währungsrechtliche Grundsatzfragen, die das zukünftige Handeln des EZSB zumindest sublim prägen dürften. Der Beitrag richtet die Aufmerksamkeit vor allem auf die Handhabung des kompetenziellen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und die Folgen der Entscheidung, konkret das spannungreiche Verhältnis zwischen Integrationsintervention und Zentralbankunabhängigkeit, die dilemmatische Situation der Deutschen Bundesbank sowie die potenzielle Aushöhlung des Stabilitätsprimats. Zudem wird eine erste Analyse des anlässlich der COVID-19-Krise initiierten Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) gewagt.

■ Rechtsprechung

Kreditrecht

EuGH	4.6.2020 – C-301/18	Widerruf eines Fernabsatz-Verbraucherdarlehensvertrags – Leonhard	586
BGH	7.7.2020 – XI ZR 320/18	Rechtsfolgen nach Widerruf eines Verbraucherdarlehensvertrags	587
OLG Frankfurt a. M.	12.12.2019 – 6 U 174/18	Zur Hervorhebung des Zinssatzes für Überziehungskredite	589

Kapitalmarktrecht

OLG Frankfurt a. M.	15.6.2020 – 17 U 272/19	Zur Haftung der Clearstream Banking AG mit Anmerkung v. Dr. Martin Freytag/Tobias Bachmeier	592
---------------------	-------------------------	---	-----

Bankaufsichtsrecht

OLG Frankfurt a. M.	6.2.2020 – 1 U 83/19	Zur Haftung der BaFin gegenüber Anlegern	597
---------------------	----------------------	--	-----

Zahlungsverkehrsrecht

OLG München	28.2.2020 – 8 U 5467/19	Prüfungspflichten des Zahlungsdienstleisters beim Glücksspiel	601
-------------	-------------------------	---	-----

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Schriftleitung:

PD Dr. Rafael Harnos (i.S.d.P.)
Universität Bonn, Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht
Adenauerallee 24-42, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 73 92 91
E-Mail: bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer

Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-604, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Mehlmg.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2020: Jährlich 459,- € (inkl. MwSt.). Einzelheft: 45,- € (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel- und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Druckerei C.H.Beck, Bergerstraße 3-5, 86720 Nördlingen.



beck.de/nachhaltig